

<b>Zeitschrift:</b>	Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
<b>Band:</b>	126 (2000)
<b>Heft:</b>	3
<b>Artikel:</b>	Bundespolitik I : ein Plädoyer für die Volkswahl des Bundesrates : es bleibt alles beim Alten oder vielleicht auch nicht
<b>Autor:</b>	Demuth, Gusti
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-596217">https://doi.org/10.5169/seals-596217</a>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 20.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Ein Plädoyer für die Volkswahl des Bundesrates

# Es bleibt alles beim Alten oder vielleicht auch nicht

GUSTI DEMUTH

M LETZTEN JAHRHUNDERT, selbst noch an dessen Ende, pflegten die Schweizer einen seltsam antiquiert anmutenden politischen Stil. Schlimmer noch, sie unterzogen sich freiwillig absolut unauglichen Abstimmungs- und Wahlvorschriften, -überküntchen und -verfahren. So überliessen sie, wie im letzten Jahr des letzten Jahrhunderts geschehen, die Wahl der Bundesratsmitglieder, immerhin der Regierung des Landes, den Parlamentarierinnen und Parlamentariern des National- und Ständerates, welche zusammengekommen die sogenannte Vereinigte Bundesversammlung bildeten. Diese wählte damals, wie den Geschichtswerken des 20. Jahrhunderts zu entnehmen ist, die gleichen Bundesrättinnen und Bundesräte, die zuvor schon im Amt waren. Gegenüber früher hatte sich also nichts geändert.

## Eigenmächtige Bundesversammlung

Dabei hatten die Zeitungen sowie die Radio- und Fernsehstationen aller Grössen, Reichweiten und Qualitäten das Wahlergebnis ganz anders, wenn auch unterschiedlich, vorausgesagt beziehungsweise vorausgewünscht. Demnach hätte zum Beispiel der O abgewählt und für ihn der B gewählt werden sollen, oder der S hätte den B verhindern müssen, indem er den O aus der Regierung gekippt und selber Einzug gehalten hätte. Weitere Varianten wurden im Auge gefasst: O bleibt, B nimmt neu Einstieg und verdrängt dabei D1, oder O bleibt, hingegen D1 und L werden abgewählt und durch B und S ersetzt, oder B wird auf Kosten von M oder von D2 gewählt. Nichts dergleichen wurde Wirklichkeit, denn die Bundesversammlung nahm das Heft in

die eigene Hand und tat was ihr beliebte.

Im 21. Jahrhundert erweist sich diese Kompetenzverteilung als völlig überholt und nicht mehr tolerierbar. Wahlen in die Landesregierung sind viel zu wichtig, um sie den politisch leichtgewichtigen Parlamentsmitgliedern zu überlassen. Weder eine FDP, noch eine CVP, auch nicht eine SP- oder eine SVP-Faktion ist in der Lage, die Angelegenheit richtig einzuschätzen und kompetent zum Wohle des Volkes zu entscheiden. Diese Gruppierungen sollen ihre ureigene Aufgabe wahrnehmen und sich um Straßenführungen und die Materialart der Eisenbahnschwellen kümmern.

## Konkurrenz unter den Medien

Jetzt halten jene das Heft in der Hand, welche sich tagtäglich von Berufen wegen mit Heften und ähnlichen Dingen eingehend befassten, die Angehörigen der Redaktionen nämlich. Die neuen Bundesrättinnen und Bundesräte werden ab dem Jahre 0 der neuen Zeitrechnung von ihnen bestimmt. Die Angelegenheit ist aufgeleist, bereits steht eine Task force (in der Vorzeit operierten die Politiker mit Arbeitsgruppen) aus den Reihen der neu gegründeten Institution «Vereinigte Schweizer Redaktionen VSR» kurz vor dem Abschluss der vereinigten Wahlliste. In die Landesregierung wird aller Voraussicht nach je ein Redaktionsmitglied der «Tribune» (Suisse romande), des «Mattino» (Switzerland italiana), der «Neuen Zürcher Zeitung» (Deutschschweizer Gnomen), des «Blick» (Deutschschweizer Leseschwache), «Meyers Modeblatt» (Deutschschweizer Hausfrauen), des Schweizer Fernsehens DRS (Deutschschweizer Analphabeten) sowie des «Nebelspalter»

(Deutschschweizer Sonnengemüter) entsandt. Nicht endgültig geklärt ist derzeit nur noch die Frage, ob allenfalls als Vertreterin der Frauenanliegen besser eine «Annabelle»-Redaktorin portiert werden soll. Erst kürzlich ist bekannt geworden, dass es im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts ein «Annabelle»-Redaktor immerhin zum National- und zum Regierungsrat gebracht hat.

Der Ausgang der Bundesratswahl ist somit absolut eindeutig, spätestens nach der Klärung der «Modeblatt/Annabel-

le»-Frage, welche in den nächsten Tagen zu erwarten ist. Trotzdem wird die Wahl von zum Teil hässlichen Nebengerütschen, sprich Spekulationen aus den gelichteten Reihen der traditionellen Parteien CVP, SP, FDP und SVP begleitet. Einzelne Redaktionen würden das Ergebnis der Task force hinterstreben, heißt es. So beabsichtigt die NZZ-Redaktion allen Ernstes, den Nebelspalter-Vertreter zu Gunsten des «Schweizer Sexanzeigers» ins Leere laufen zu lassen und das Schweizer Fernsehen liebäugelt mit einer Vertretung des «Obwaldner Wochenblatt» an Stelle jener des «Blick». Ein SVP-Parlamentarier versteigt sich sogar zur Behauptung, in Tat und Wahrheit hätten am Schluss nicht die Vereinigten Schweizer Redaktionen VSR das Sagen, sondern allein die Zürcher «WOZ». Und während der CVP-Boss im angekündigten Konzept unmittelbar keine Mitter erkennen kann, lässt der FDP-Präsident verlauten, hier sei keine Formel enthalten, sondern bloss

fauler Zauber beziehungsweise Schwachsinn. Trotzdem: Es bleibt alles beim beabsichtigten Alten.

## Was macht das Volk

Die Frage lautet nur: Wie lange? Denn im Hintergrund lauert das Volk. Die schon im letzten Jahrhundert im politischen Untergrund gewühlt habende Aktion der unverblümten Nationalisten der Schweiz (AUNS) hat bereits ihren verlängerten Arm beauftragt, das Volk bei seiner Ehre zu packen. So ist die SVP schon im Begriffe, dem Volk darzulegen, dass es schon immer hintergangen und zum Statistentum degradiert worden sei und dies im alten Stil weitergehen werde, wenn es nun nicht selber auf die Barrakaden steige, die alten Zauberformeln als faulen Zauber entlarvt und seine eigene Regierung auch eigenhändig bestimme. Ein sogenanntes Volksbegehr ist lanciert und örtliche Komitees zur Vorbereitung der Volkswahl des Bundesrates für die

nächste Amtsperiode hecken die Modalitäten aus.

Die vielversprechendsten Grundlagenpapiere sind in diesen Tagen der Parteileitung vorgelegt worden. Geistreiche Spitzenveteranen treten im ganzen Land an organisierten Informationsveranstaltungen auf, verteilen kistenweise Stumpen und diskutieren mit dem Volk die eingegangenen Vorschläge und nehmen neue entgegen. Das Volk füllt überall die Säli der Restaurants und erhebt seine Ansprüche bezüglich Anforderungsprofil und Herkunft der künftigen Volksbundesräte. Bis jetzt zeichnet sich dabei klar ab, dass das Volk nicht mehr von Parteien und Fraktionen vorgeschlagene Kandidaten schlucken will. Vielmehr will es sich direkt in der Regierung vertreten wissen. Die Mitglieder des eidgenössischen Hornuserverbandes zum Beispiel verlangen die Abkehr vom Denken, dass unbedingt Zürcher, Tessiner oder Welsche im Bundesrat vertreten sein müssen. Solche Kandidaten würden sie dann schon abtue und durch schlagkräftige eigene ersetzen, lassen sie verlauten. Seitens der Familiengärtnerinnen und -gärtner wird erwartet, dass endlich auch die Kohlköpfe auf höchster Regierungsebene Einstieg zu nehmen hätten. Ihren Anspruch angemeldet haben überdies die Börsianer, die Kindergärtnerinnen, die Luchsgegner, die Kampfhundezüchter, die Carchauffeure, die Wagner und Küfer sowie die Konditoren und Coiffeure. Die schweigende Mehrheit gedenkt ebenfalls Regierungsverantwortung zu übernehmen, wie ihre Anführer überall lautstark verkünden. Es zeichnet sich jedenfalls mit aller Deutlichkeit ab, dass schon bald das Volk selber regieren wird.

## Die grosse Frage

Man geht davon aus, dass auf dem Stimmzettel, mit dem über das Volksbegehr abzustimmen ist, die Frage steht: «Wollt Ihr die Volkswahl des Bundesrates annehmen?» Wenn das Begehr, was anzunehmen ist, Zustimmung findet, dann bleibt dem dannzumal noch amtierenden Bundesrat gar nichts mehr anderes übrig, als das Volk zu wählen.

